

Vorsitzender

Wolfgang Ostermeyer  
Zur Alten Schmiede 6  
31319 Sehnde  
Tel. 05132 / 86 50 02  
E-Mail: wosterm@gmx.de

05.April 2017

Stellungnahme der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Sehnde zur Pressemitteilung der KGS  
„Pflichtunterricht ist kein Luxusprojekt“ vom 05.04.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,  
zur o.g. Pressemitteilung der KGS Sehnde übersenden wir Ihnen die folgende  
Stellungnahme mit der Bitte um Berücksichtigung. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne  
zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Ostermeyer

Stellungnahme:

Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Sehnde setzt sich vorbehaltlos für den schnellen Wiederaufbau der Turnhalle der KGS und die Umsetzung der beschlossenen Erweiterung der KGS ein. Allerdings finden Bauvorhaben an der KGS nicht losgelöst von der Wirklichkeit statt. Die Kosten eingebettet in die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Sehnde sind ebenfalls ein wichtiges Kriterium. Und an dieser Stelle macht es sehr wohl einen Unterschied, ob bei gleicher Turnhallenkapazität am Ende des Tages eine kostengünstige Lösung in Schulsnähe realisiert wird oder eine große Lösung hinter der Chausseestraße mit mehreren Millionen Euro Mehraufwand.

Die AfD-Fraktion widerspricht Herrn Milde, Leiter der KGS Sehnde und schulpolitischer Sprecher der Grünen im Rat der Stadt Lehrte in folgenden Punkten:

1. Die Pressemitteilung von Herrn Milde erweckt mit der Überschrift „Pflichtunterricht ist kein Luxusprojekt“ einen aus unserer Sicht falschen Eindruck. Ein Zusammenhang zwischen jeglichem Unterricht der KGS und dem Begriff Luxus wurde und wird in keiner Weise von der AfD-Fraktion geäußert oder anderweitig hergestellt.
2. Die Pressemitteilung von Herrn Milde erweckt den Eindruck, dass die AfD-Fraktion die Notwendigkeit einer Erweiterung der KGS und den

Ersatz der abgebrannten Turnhalle in Frage stellt und als „Luxusprojekt“ bezeichnet. Dieses wird von uns entschieden zurückgewiesen.

Richtig ist, dass für den Turnhallenersatz bei der Standortwahl hinter der Chausseestraße das Argument „Schaffung eines Sportkomplexes“ wesentliche Bedeutung hatte. Hierbei ging es hauptsächlich um den Vereinssport, nach der Haushaltssystematik immerhin eine freiwillige kommunale Aufgabe. Diese Maßnahme bedeutet einen Mehraufwand in Millionenhöhe gegenüber der alternativen Wiederaufbaulösung .

3. Die Pressemitteilung von Herrn Milde erweckt den Eindruck, dass die AfD-Fraktion das Kollegium der KGS verhöhnt und die räumliche Enge der Containerlösungen der letzten Jahre mit dem Begriff „Luxusprojekt“ verniedlicht. Dieses wird von uns entschieden zurückgewiesen, Richtig ist, dass die AfD-Fraktion vor der Leistung der Lehrerinnen und Lehrer großen Respekt hat. Wir halten es im Übrigen für einen Themenbereich, der innerhalb der Schule zwischen Lehrkörper, Eltern und Schülerinnen und Schüler zu besprechen ist. Weiterhin hält die AfD-Fraktion die Containerlösung für einen aus Not geborenen Umstand, der schnellstens beendet werden muss. Daher betrachten wir auch den zwischenzeitlichen Zeitverlust sehr kritisch. Das gilt sowohl für die Erweiterungsplanung (hier stockte die Entscheidung seit dem März 2016) wie für den Turnhallenersatzbau (hier ist seit dem Brand nur sehr wenig im Jahr 2016 passiert).
4. Zur Standortwahl gibt Herr Milde die Argumentation der KGS aus der politischen Beratung wieder. Es gehört zu unserem Demokratieverständnis, dass alle Argumente auf den Tisch kommen. Ohne die Diskussion zur Standortwahl wiederholen zu wollen seien aber nur folgende Punkte kurz erwähnt, die in der Betrachtung von Herrn Milde zu kurz kommen:
  - a. Die Campus-Lösung hat von der Verwaltung das Prädikat „Stärkung Schulstandort“ bekommen
  - b. Die Wegeproblematik (Zeitverlust, Wetterabhängigkeit, Verkehrssicherheit) wird u.E. nicht genügend gewürdigt
  - c. Eine Abholzung des Papenholzes wäre auf das absolute Minimum zu beschränken und ohne Ausgleichsmaßnahmen nicht denkbar. Hier gilt wie bei jeder Bebauung, dass eine Werteabwägung Schutzgütern Mensch-Natur erfolgen muss. Leider wird dieses Thema sehr dogmatisch gesehen.
  - d. Ein Wiederaufbau der Turnhalle an alter Stelle wäre im Wesentlichen über die Gleitende-Neuwert-Versicherung finanziert gewesen. Der jetzt beschlossene Standort bedeutet mindestens wg. reduzierter Versicherungsleistungen und zusätzlichem Grunderwerb einen Mehraufwand in Millionenhöhe. Und das bei vielfältigen anderen herausfordernden Aufgaben im Bereich Bildung und Infrastruktur.